

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2020/43330]

5 MEI 2019. — Wet tot invoeging van een artikel 55bis in het Strafwetboek, wat de herhaling betreft. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 5 mei 2019 tot invoeging van een artikel 55bis in het Strafwetboek, wat de herhaling betreft (*Belgisch Staatsblad* van 28 mei 2019).

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2020/43330]

5 MAI 2019. — Loi insérant dans le Code pénal un article 55bis, en ce qui concerne la récidive. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 5 mai 2019 insérant dans le Code pénal un article 55bis, en ce qui concerne la récidive (*Moniteur belge* du 28 mai 2019).

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2020/43330]

5. MAI 2019 — Gesetz zur Einfügung eines Artikels 55bis über den Rückfall in das Strafgesetzbuch
Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 5. Mai 2019 zur Einfügung eines Artikels 55bis über den Rückfall in das Strafgesetzbuch.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

5. MAI 2019 — Gesetz zur Einfügung eines Artikels 55bis über den Rückfall in das Strafgesetzbuch

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenversammlung hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Art. 2 - In Buch 1 Kapitel 5 des Strafgesetzbuchs wird ein Artikel 55bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. 55bis - Wer nach einer Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr und vor Ablauf von fünf Jahren seit der Verbüßung oder Verjährung seiner Strafe ein Verbrechen begeht, das mit Zuchthausstrafe von fünf bis zu zehn Jahren oder mit Haftstrafe von fünf bis zu zehn Jahren bedroht ist, kann zu einer Zuchthausstrafe von zehn bis zu fünfzehn Jahren beziehungsweise zu einer Haftstrafe von zehn bis zu fünfzehn Jahren verurteilt werden.

Ist das Verbrechen mit Zuchthausstrafe von zehn bis zu fünfzehn Jahren oder mit Haftstrafe von zehn bis zu fünfzehn Jahren bedroht, kann der Schuldige zu einer Zuchthausstrafe von fünfzehn bis zu zwanzig Jahren oder zu einer Haftstrafe von fünfzehn bis zu zwanzig Jahren verurteilt werden.

Er wird zu mindestens siebzehn Jahren Zuchthausstrafe beziehungsweise mindestens siebzehn Jahren Haftstrafe verurteilt, wenn das Verbrechen mit Zuchthausstrafe von fünfzehn bis zu zwanzig Jahren oder mit Haftstrafe von fünfzehn bis zu zwanzig Jahren bedroht ist.“

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 5. Mai 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2020/15818]

5 MEI 2019. — Wet tot wijziging van het Wetboek van strafvordering en het Gerechtelijk Wetboek wat de bekendmaking van de vonnissen en arresten betreft. — Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 1 en 6 tot 9 van de wet van 5 mei 2019 tot wijziging van het Wetboek van strafvordering en het Gerechtelijk Wetboek wat de bekendmaking van de vonnissen en arresten betreft (*Belgisch Staatsblad* van 16 mei 2019).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2020/15818]

5 MAI 2019. — Loi modifiant le Code d'instruction criminelle et le Code judiciaire en ce qui concerne la publication des jugements et des arrêts. — Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 1 et 6 à 9 de la loi du 5 mai 2019 modifiant le Code d'instruction criminelle et le Code judiciaire en ce qui concerne la publication des jugements et des arrêts (*Moniteur belge* du 16 mai 2019).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2020/15818]

5. MAI 2019 — Gesetz zur Abänderung des Strafprozessgesetzbuches und des Gerichtsgesetzbuches in Bezug auf die Bekanntmachung von Urteilen und Entscheiden — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 1 und 6 bis 9 des Gesetzes vom 5. Mai 2019 zur Abänderung des Strafprozessgesetzbuches und des Gerichtsgesetzbuches in Bezug auf die Bekanntmachung von Urteilen und Entscheiden.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

5. MAI 2019 — Gesetz zur Abänderung des Strafprozessgesetzbuches und des Gerichtsgesetzbuches in Bezug auf die Bekanntmachung von Urteilen und Entscheiden

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenversammlung hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 - *Allgemeine Bestimmung*

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

(...)

KAPITEL 3 - *Abänderungen des Gerichtsgesetzbuches*

Art. 6 - In Artikel 780 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 14. Oktober 2018, werden in der Bestimmung unter Nr. 5 zwischen dem Wort "Verkündung" und den Wörtern "in öffentlicher Sitzung" die Wörter "des Tenors" eingefügt.

Art. 7 - Artikel 782*bis* desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 26. April 2007 und abgeändert durch das Gesetz vom 8. Juni 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "Das Urteil wird vom Vorsitzenden der Kammer, die es erlassen hat, verkündet," durch die Wörter "Der Tenor des Urteils wird vom Vorsitzenden der Kammer, die das Urteil erlassen hat, verkündet," ersetzt.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2 werden vier Absätze mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die Entscheidung wird gemäß den vom König festgelegten Modalitäten vollständig in einer für die Öffentlichkeit zugänglichen elektronischen Datenbank der Urteile und Entscheide des gerichtlichen Stands registriert.

Alle Daten, die eine unmittelbare Identifizierung der Parteien und der anderen am Rechtsstreit beteiligten Personen ermöglichen, werden in dieser Entscheidung weggelassen. Der Vorsitzende der Kammer, die das Urteil erlassen hat, kann in allen Fällen entweder von Amts wegen oder auf einen mit Gründen versehenen Antrag einer der Parteien das Urteil vollständig in öffentlicher Sitzung verkünden, selbst in Abwesenheit der anderen Richter und, außer in Straf- und gegebenenfalls in Disziplinarsachen, der Staatsanwaltschaft.

Falls die Registrierung des Urteils in der elektronischen Datenbank nicht möglich ist, verkündet der Vorsitzende das Urteil vollständig oder er stellt der Öffentlichkeit das Urteil bis zum Ende der Sitzung im Sitzungssaal zur Verfügung.

Wenn das Verfahren, was die Plädoyers und Berichte betrifft, in der Ratskammer beendet ist, kann der Vorsitzende der Kammer, die das Urteil erlassen hat, in Abweichung von Absatz 2 und durch eine mit Gründen versehene Entscheidung, die in das Urteil aufgenommen wird, entscheiden, dass bestimmte Teile der im Urteil aufgenommenen Begründung in der Registrierung in der für die Öffentlichkeit zugänglichen elektronischen Datenbank weggelassen werden, wenn die Registrierung dieser Passagen das Recht der Parteien oder anderer am Rechtsstreit beteiligter Personen auf Schutz des Privatlebens in unverhältnismäßiger Weise beeinträchtigt."

3. In Absatz 2, der Absatz 6 wird, werden die Wörter "die Verkündung des Urteils" durch die Wörter "die Verkündung des in Absatz 1 erwähnten Tenors des Urteils oder des in Absatz 2 erwähnten Urteils" ersetzt.

4. Der Artikel wird durch zwei Absätze mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Nach der in Absatz 1, 3 oder 4 erwähnten Verkündung können die Parteien die vollständige Entscheidung unmittelbar in der Kanzlei einsehen.

In den in Artikel 782 Absatz 2 erwähnten Fällen kann die Entscheidung eingesehen werden, sobald sie unterzeichnet worden ist."

Art. 8 - Artikel 1109 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 14. November 2000, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 1109 - Der Tenor der Entscheide wird vom Vorsitzenden in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft und mit dem Beistand des Greffiers in öffentlicher Sitzung verkündet.

Der Entscheid wird gemäß den vom König festgelegten Modalitäten vollständig in der in Artikel 782*bis* erwähnten elektronischen Datenbank registriert. Alle Daten, die eine unmittelbare Identifizierung der Parteien und der anderen am Rechtsstreit beteiligten Personen ermöglichen, werden im Entscheid weggelassen. Der Vorsitzende kann in allen Fällen entweder von Amts wegen oder auf einen mit Gründen versehenen Antrag einer der Parteien den Entscheid in Anwesenheit der Staatsanwaltschaft und mit dem Beistand des Greffiers vollständig in öffentlicher Sitzung verkünden.

Falls die Registrierung des Entscheids in der elektronischen Datenbank nicht möglich ist, verkündet der Vorsitzende den Entscheid vollständig oder er stellt der Öffentlichkeit den Entscheid bis zum Ende der Sitzung im Sitzungssaal zur Verfügung."

KAPITEL 4 - Inkrafttreten

Art. 9 - Vorliegendes Gesetz tritt an einem vom König festzulegenden Datum und spätestens am 1. September 2020 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 5. Mai 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST
SOCIALE ZEKERHEID

[C – 2020/43373]

23 OKTOBER 2020. — Ministerieel besluit tot wijziging van de lijst gevoegd bij het koninklijk besluit van 1 februari 2018 tot vaststelling van de procedures, termijnen en voorwaarden inzake de tegemoetkoming van de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen in de kosten van farmaceutische specialiteiten

De Minister van Sociale Zaken,

Gelet op de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, artikel 35bis, § 1, ingevoegd bij de wet van 10 augustus 2001, en gewijzigd bij de wetten van 22 december 2003, 9 juli 2004, 27 april 2005 en 27 december 2005, § 2, ingevoegd bij de wet van 10 augustus 2001 en laatstelijk gewijzigd bij de wet van 22 juni 2016, en § 8, eerste lid, ingevoegd bij de wet van 10 augustus 2001 en artikel 37, § 3/3, ingevoegd bij de wet van 17 februari 2012;

Gelet op het koninklijk besluit van 7 mei 1991 tot vaststelling van het persoonlijk aandeel van de rechthebbenden in de kosten van de in het raam van de verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen vergoedbare farmaceutische verstrekkingen, artikel 2, § 1, punt B, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 24 juni 2020;

Gelet op het koninklijk besluit van 1 februari 2018 tot vaststelling van de procedures, termijnen en voorwaarden inzake de tegemoetkoming van de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen in de kosten van farmaceutische specialiteiten, vooral artikelen 84 en 128,

Gelet op de mededeling aan de Commissie Tegemoetkoming Geneesmiddelen op 13 oktober 2020;

Gelet op de hoogdringendheid, gemotiveerd door het feit dat, een vrijwillige daling van de prijs en/of de vergoedingsbasis, met ingang op 1 november 2020, van sommige farmaceutische specialiteiten noodzakelijk is om de continuïteit van de zorgen te kunnen garanderen, aangezien de apotheker verplicht is om in het geval van een voorschrift op stofnaam, geneesmiddelen af te leveren binnen een beperkte lijst van geneesmiddelen en dat de vrijwillige dalingen van de prijs en/of de vergoedingsbasis het mogelijk maken dat de betrokken farmaceutische specialiteiten blijven deel uitmaken van deze beperkte lijst van geneesmiddelen;

Gelet op de hoogdringendheid, gemotiveerd door het feit dat het remgeld per eenheid voor een rechthebbende die in een rust- of verzorgingstehuis of in een rusthuis verblijft, berekend wordt op basis van de grootste beschikbare publieksverpakking en dat het correcte remgeld getarifeerd dient te worden in het belang van de patiënt;

Gelet op het advies nr. 68.164/2 van de Raad van State, gegeven op 19 oktober 2020 met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 3^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973,

Besluit :

Artikel 1. In de bijlage I van het koninklijk besluit van 1 februari 2018 tot vaststelling van de procedures, termijnen en voorwaarden inzake de tegemoetkoming van de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen in de kosten van farmaceutische specialiteiten, zoals tot op heden gewijzigd, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

SERVICE PUBLIC FEDERAL
SECURITE SOCIALE

[C – 2020/43373]

23 OCTOBRE 2020. — Arrêté ministériel modifiant la liste jointe à l'arrêté royal du 1^{er} février 2018 fixant les procédures, délais et conditions en matière d'intervention de l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités dans le coût des spécialités pharmaceutiques

La Ministre des Affaires sociales,

Vu la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, l'article 35bis, § 1, inséré par la loi du 10 août 2001, et modifié par les lois des 22 décembre 2003, 9 juillet 2004, 27 avril 2005 et 27 décembre 2005, § 2, inséré par la loi du 10 août 2001 et modifié en dernier lieu par la loi de 22 juin 2016 et § 8, alinéa 1^{er}, inséré par la loi du 10 août 2001 et l'article 37, § 3/3, inséré par la loi du 17 février 2012;

Vu l'arrêté royal du 7 mai 1991 fixant l'intervention personnelle des bénéficiaires dans le coût des fournitures pharmaceutiques remboursables dans le cadre de l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, l'article 2, § 1^{er}, point B, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 24 juin 2020;

Vu l'arrêté royal du 1^{er} février 2018 fixant les procédures, délais et conditions en matière d'intervention de l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités dans le coût des spécialités pharmaceutiques, notamment les articles 84 et 128 ;

Vu la communication à la Commission de Remboursement des Médicaments le 13 octobre 2020;

Vu l'urgence, motivée par le fait qu'une diminution volontaire du prix et/ou de la base de remboursement de certaines spécialités pharmaceutiques, au plus tard au 1^{er} novembre 2020, est nécessaire afin de pouvoir garantir la continuité des soins, vu que, dans le cas d'une prescription sous DCI, le pharmacien est obligé de délivrer au sein d'une liste restrictive de médicaments et que les diminutions volontaires du prix et/ou de la base de remboursement permettent que les spécialités pharmaceutiques en question puissent continuer à faire partie de cette liste restrictive de médicaments;

Vu l'urgence, motivée par le fait que le ticket-modérateur par unité pour un bénéficiaire séjournant dans une maison de repos et de soins ou dans une maison de repos pour personnes âgées, est calculé sur base du plus grand conditionnement public disponible et que le ticket-modérateur soit correctement tarifé dans l'intérêt du patient;

Vu l'avis n°68.164/2 du Conseil d'Etat, donné le 19 octobre 2020, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973,

Arrête :

Article 1^{er}. A l'annexe I de l'arrêté royal du 1^{er} février 2018 fixant les procédures, délais et conditions en matière d'intervention de l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités dans le coût des spécialités pharmaceutiques, tel qu'il a été modifié à ce jour, sont apportées les modifications suivantes: